

09.03.2006 – JK

## **Stellungnahme der Sozialdemokratischen Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zu den Wahlprüfsteinen der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen 2006**

### **Zu 1. Partizipation**

Kinder- und jugendfreundliches Rheinland-Pfalz heißt auch: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen so früh wie möglich. Net-part, die neue Kommunalverfassung, Jugendforen, Spielleitplanung und viele weiteren Initiativen unterstützen diesen Anspruch. Auch die neuen Bildungskonzepte für Kindertagesstätten und Schulen setzen verstärkt auf die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ hat Beispiele und Empfehlungen gesammelt, wie Kinder- und Jugendbeteiligung gelingt und zukünftig verstärkt werden kann. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz hat dabei einen besonders hohen Stellenwert. Dabei sind auch die Jugendverbände unverzichtbare Partner.

Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten in den Schulen wurden von der Enquetekommission „Jugend und Politik“ ebenso vorgeschlagen wie auch eine inhaltliche und organisatorische Umstrukturierung der politischen Bildung in den Schulen. Schon in der Grundschule müssen Themen aus dem kommunalen Miteinander fächerübergreifend und projektorientiert behandelt werden. Solche pädagogischen Arbeitsformen sollen auch in den weiterführenden Schulen möglichst früh einsetzen. Die Empfehlungen der Enquetekommission sind Leitlinien für die SPD (Näheres zur EK: [http://landtag\\_proxy:8080/Landtag/Gremien/Kommissionen/K-Enquete14-3.asp](http://landtag_proxy:8080/Landtag/Gremien/Kommissionen/K-Enquete14-3.asp)).

### **Zu 2. Hochschule**

Finanzierung: In den vergangenen 15 Jahren hat die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Entwicklungsschub initiiert. Das Land hat die Ausgaben für seine Hochschulen von 1991 bis 2004 um 59,4 Prozent gesteigert – von rund 330 Millionen Euro in 1991 auf 525,5 Millionen Euro in 2004. Im selben Zeitraum sind die bereinigten Gesamtausgaben des Landes nur um 31,2 Prozent gewachsen.

Eine Spitzenposition nimmt Rheinland-Pfalz auch in vielen anderen Bereichen ein, sei es in der Drittmittelförderung, beim Ausbau der Forschungsinfrastruktur oder bei der Berufung von Frauen in wissenschaftliche Führungspositionen. Dies alles wollen wir weiter ausbauen.

Mitbestimmung: Die SPD Rheinland-Pfalz steht zur Mitbestimmung der Studierenden durch die Gremien der Verfassten Studierendenschaft. Eine Degradierung des AStA zu einem Unterausschuss des Senats wie in Baden-Württemberg oder die Untersagung der Erhebung von Semesterbeiträgen durch den AStA aufgrund niedriger Wahlbeteiligung bei den Studierendenparlamentswahlen wie in Hessen lehnen wir ab.

Studiengebühren: Wir halten es für unerlässlich, den Anteil der Studierenden weiter zu erhöhen. Studiengebühren stehen dieser Zielsetzung diametral entgegen. Wir lehnen die Einführung von Studiengebühren daher entschieden ab. Auf der Grundlage von zur Verfügung gestellten Studienkonten ermöglichen wir weiterhin ein gebührenfreies Erststudium – und geben gleichzeitig Anreize für wissenschaftliche Weiterbildung.

Dabei wollen wir schnellstmöglich sicherstellen, dass nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen abgebucht werden. Studienkonten belohnen Studierende für ein zügiges Studium, indem Restguthaben für kostenfreie Weiterbildungs- und Zweitstudien genutzt werden können.

Eine Reihe von Ländern erschwert den Hochschulzugang nicht nur mit Gebühren sondern auch mit dem Abbau von Studienplatzkapazitäten. Dies zeigt, wie notwendig der von der rheinland-pfälzischen Landesregierung geforderte bundesweite Vorteilsausgleich wird. Er trägt den unterschiedlichen Beiträgen der einzelnen Länder an der gesamtstaatlichen (Aus-) Bildungsverpflichtung Rechnung.

Freier Hochschulzugang: Den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife sowie die Fachhochschulreife als Berechtigung für einen Hochschulzugang erachten wir als eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung eines Hochschulstudiums, das die Studierenden für ihren weiteren Lebensweg und Berufsweg adäquat vorbereiten soll. Durch eine Durchlässigkeit des Schulsystems und des Berufsschulsystems ist der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und somit der freie Hochschulzugang gewährleistet.

Zukünftig setzt sich die SPD dafür ein, den Hochschulzugang für besonders qualifizierte Berufstätige weiter zu öffnen. Dies beinhaltet die Befreiung des fachbezogenen Zugangs von Meisterinnen und Meistern zur Fachhochschule von den derzeit noch bestehenden Voraussetzungen genauso wie die Anpassung der Regelungen für den Zugang besonders qualifizierter Berufstätiger zu einem Universitätsstudium.

Kindertagesstätten und Ganztagschulen: Mit dem Landesgesetz zum Ausbau der frühen Förderung, das am 01.01. dieses Jahres in Kraft getreten ist, wird ein erheblicher Beitrag geleistet zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium. Kindertagesstätten können für Zweijährige geöffnet werden, das Angebot an Krippenplätzen wird ausgebaut, das letzte Kindergartenjahr ist beitragsfrei. In den vergangenen Jahren wurden in Rheinland-Pfalz über 350 Ganztagschulen errichtet. Dieses Programm soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Bologna-Prozess: Der Bologna-Prozess wird von unseren Hochschulen zügig vorangetrieben. Die Studierenden können sicher sein, dass die Studiengänge in den kommenden Jahren zügig in BA-/ MA- Studiengänge überführt werden.

### **Zu 3. Schulstruktur**

Gliedrigkeit des Schulsystems: Wir haben das gegliederte Schulsystem erfolgreich um Regionale Schulen, Duale Oberschulen und Integrierte Gesamtschulen ergänzt, dort wo Eltern für ihre Kinder ein längeres gemeinsames Lernen wünschen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Die Debatte um eine flächendeckende Einführung von integrierten Schulformen bzw. eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems beabsichtigen wir nicht zu führen, da eine solche Debatte in der Gesellschaft noch immer ideologisch motiviert geführt und somit den Blick auf wesentliche Aspekte der Bildungsreform (Individuelle Förderung, Ausweitung des Ganztagsangebots, u.a.) verbauen würde.

Der Elternwille ist für uns besonders wichtig. Eine verpflichtende Schullaufbahneempfehlung lehnen wir ab.

Ganztagschulen: 300 zusätzliche Ganztagschulen haben wir versprochen - über 350 werden es zum kommenden Schuljahr sein. Bessere Bildungschancen und bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf – dazu sollen weitere Ganztagschulen beitragen, dort wo Eltern dies wünschen. Wir werden die Qualität der Ganztagschulen mit allen Beteiligten ständig weiterentwickeln.

Auflösung des 45-Minuten-Rhythmus: Zum Schuljahr 2005/ 2006 ist an acht Schulen in Rheinland-Pfalz der Schulversuch „Selbstverantwortliche Schule“ gestartet. Ziel ist eine verstärkte individuelle Förderung. Der Versuch soll Aufschlüsse darüber liefern, wie diese Förderung durch die Erweiterung der personellen, organisatorischen und inhaltlichen Selbstständigkeit von Schulen unterstützt werden kann. Neben der Freiheit, neue Inhalte und ggf. auch neue Fächer zu Profilbildung in ihre Schularbeit aufzunehmen, sind die beteiligten Schulen nicht an 45- oder 50- Minuten Unterrichtsstunden gebunden.

Auch bereits in der Vollen Halbtagschule haben die Grundschulen die Möglichkeit, eine eigene, auf die individuellen Schulbedürfnisse zugeschnittene Rhythmisierung einzuführen und brauchen sich so nicht streng an einen 45- oder 50- Minuten-Takt zu halten.

## **Zu 4. Integration**

Bildung behinderter SchülerInnen: Die beste Voraussetzung für ein selbstverständliches Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung ist eine möglichst frühe gemeinsame Erziehung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau ein.

Im 2004 novellierten Schulgesetz heißt es richtigerweise: „Alle Schulen wirken bei der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit. (...) Behinderte Schülerinnen und Schüler sollen das schulische Bildungs- und Erziehungsangebot grundsätzlich selbständig, barrierefrei im Sinne des § 2 Abs. 3 des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen und gemeinsam mit nicht behinderten Schülerinnen und Schülern nutzen können, wenn hierfür die sächlichen, räumlichen, personellen und organisatorischen Bedingungen geschaffen werden können. Bei der Gestaltung des Unterrichts und bei Leistungsfeststellungen sind die besonderen Belange behinderter Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen und ihnen die zum Ausgleich ihrer Behinderung erforderlichen Arbeitserleichterungen zu gewähren.“ Daraus ergibt sich die von Seiten der SPD- geführten Landesregierung vorangetriebene Einrichtung von Schwerpunktschulen in Rheinland-Pfalz. Derzeit besteht im Schuljahr 2005/06 an 62 Grundschulen und 33 Schulen der Sekundarstufe I ein Angebot von integrativem Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Wir werden auch weiterhin die Einrichtung von Schwerpunktschulen unterstützen.

MigrantInnen und Sprachkompetenz: Mit dem im Januar gestarteten Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ wird der Bildungsgedanke, und dabei insbesondere die Vermittlung von Sprachkompetenzen bereits in die Kindertagesstätten getragen. Das kommt Kindern sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund zugute. Acht Millionen Euro werden in die Sprachförderung in den Kindertagesstätten investiert, weitere zwei Millionen Euro jährlich fließen in die dafür notwendige Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Mit der Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, entsprechender Sprachstandsfeststellung sowie einer verbesserten Zusammenarbeit von KiTa und Grundschule sollen alle Kinder gut vorbereitet in die Schule starten können.

## **Zu 5. Religionsunterricht**

Religionsunterricht ist auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Schulen, die Wissen, Fähigkeiten, Werte und Orientierung vermitteln. Die Teilnahme am Religionsunterricht ist nicht verpflichtend. Im Fach „Ethik“ können sich Schülerinnen und Schüler, die dies wünschen, mit den unterschiedlichen religiösen, ethischen und politischen Weltanschauungen auseinandersetzen.

## **Zu 6. Antirassismus**

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann aus Sicht der SPD nur mit sowohl repressiven als auch präventiven Maßnahmen erfolgreich weitergeführt werden. Unter ersterem verstehen wir eine konsequente polizeiliche Verfolgen rechtsextremistischer Aktivitäten, wie z.B. bei Verteilen von CDs auf Schulhöfen oder der Veröffentlichung menschenfeindlicher Parolen. Präventiv tätig zu werden, heißt, Schülerinnen und Schüler stark zu machen mittels gewaltpräventiver und Toleranz vermittelnder Maßnahmen (PIT, PROPP, Netzwerk Demokratie und Courage, Schulsozialarbeit, SchülerInnenaustausche, Partnerschaften mit ausländischen Schulen). Aussteigerprogramme wie „(R)ausweg“ sollten längerfristig angeboten werden.